



Wirtschaftspolitik

Aiwanger: "Der Bund muss der Autobranche endlich gezielt helfen"

10. September 2020

MÜNCHEN Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat an den Automobilzulieferer Schaeffler appelliert, den angekündigten Arbeitsplatzabbau sozialverträglich zu gestalten. Schaeffler hatte angekündigt, europaweit 4400 Stellen abzubauen, davon einen erheblichen Teil in Bayern. Aiwanger: „Der Freistaat ist als Heimatstandort des Unternehmens leider vom geplanten Stellenabbau in erheblichem Ausmaß betroffen. Es geht jetzt darum, Zukunftslösungen für die betroffenen Mitarbeiter zu finden. Das können Weiterqualifizierungen und neue Job-Angebote sein.“

Das bayerische Wirtschaftsministerium stehe im Kontakt mit dem Unternehmen und wird Schaeffler mit dem zur Verfügung stehenden Instrumentarium bei der Neuausrichtung unterstützen. Aiwanger: „Wir bieten der Automobilbranche in dieser Strukturkrise Technologieförderprogramme, um die Innovationskraft zu stärken. Gerade im Bereich der Wasserstoffwirtschaft sehe ich Chancen. Schaeffler ist ja bereits Teil des Wasserstoffbündnisses Bayern und hat angekündigt, ein Zentrum für Wasserstofftechnologie in Herzogenaurach zu errichten.“

Positiv beurteilt der Wirtschaftsminister die geplante Stärkung der Standorte Herzogenaurach, Schweinfurt und Höchstadt durch Bündelung von Technologie- und Produktionskompetenzen sowie Investitionen in Zukunftsfelder.

Angesichts dieses erneuten Stellenabbaus in der Automobilbranche erneuerte Aiwanger seine Kritik an den Ergebnissen des Autogipfels im Kanzleramt Anfang der Woche. Aiwanger: „Diese Hiobsbotschaft zeigt noch einmal nachdrücklich, dass die Automobilindustrie und gerade die Zulieferer jetzt gezielte Unterstützung durch den Bund brauchen und nicht Arbeitsgruppen und die Vertagung von Entscheidungen auf November. Neben sofortigen nachfragesteigernden Maßnahmen wie Absatzhilfen für alle schadstoffarmen Fahrzeuge ist der Bund gefordert, dringend auch allgemein für bessere Standortbedingungen in Deutschland durch Steuer- und Kostensenkungen für Unternehmen zu sorgen. Maximal 25% Unternehmenssteuern, bei der steuerlichen Verlustverrechnung mindestens die zurückliegenden drei Jahre

einbeziehen und das Rücktragsvolumen deutlich erhöhen. Die USA haben fünf Jahre Verlustrücktrag. Wenn Deutschland nicht endlich international wettbewerbsfähige Standortbedingungen schafft, werden weiterhin Arbeitsplätze in großem Ausmaß verlagert und verlorengehen. Wir können diese Probleme in Deutschland nicht allein mit bayerischen Fördergeldern auffangen.“

Jürgen Marks
Leiter Pressereferat

Pressemitteilung-Nr. 262/20